

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Rechtsanzeige
Tageblatt Riesa.
Bemerk. Nr. 20.
Schrift. Nr. 12.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtsgerichtsamtshof, des Amtsgerichts und der Amtsgerichtshof beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicher bestimmt Blatt.

Buchdruckerei
Dresden 1888.
Girokonto
Riesa Nr. 53.

Nr. 296.

Sonnabend, 21. Dezember 1929, abends.

82. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 11,5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, ohne Vorabzahlung, für einen Monat 2. März 25 Pfennig ohne Aufschlag. Für den Fall des Unterlassens von Produktionsunterbrechungen, Schätzungen der Wöhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Rückerstattung des Ausgabepreises sind bis 2 Uhr vermittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erreichen an bestimmten Tagen und Wöchen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 3 mm hohe Gründchrifft-Zeile (6 Säulen) 20 Gold-Pfennige; die 20 mm breite Neumagazin 100 Gold-Pfennige, zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Festes Tafel. Vermöglicher Rabatt erlaubt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Tägliche Unterhaltungsbeiträge — das der Besitzer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung aber auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notationsrecht und Vertrag: Danner & Winterlich, Riesa. Geschäftsscheine: Geschäftskarte 50. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Wittich, Riesa.

Die Zollvorlage vor dem Reichstag.

Die Tabaksteuervorlage angenommen, ebenfalls der Initiativantrag über die Erhöhung zur Arbeitslosenversicherung.

Berlin, 21. Dezember. (Hausbericht) In namentlicher Schlussabstimmung wird die Tabaksteuervorlage mit 258 gegen 147 Stimmen bei 9 Enthaltungen angenommen.

Der Initiativantrag über die Erhöhung des Beitrages zur Arbeitslosenversicherung wird in namentlicher Abstimmung mit 248 gegen 156 Stimmen bei 9 Enthaltungen angenommen. Deputierte haben auch einige Mitglieder der Deutschen Volkspartei gestimmt.

Damit ist das Gesetzprogramm endgültig verabschiedet.

Eine wichtige Rabinettssitzung.

Berlin. (Hausbericht.) Der Staatssekretär im Reichsfinanzministerium Dr. Popig hat dem Reichsfinanzminister Dr. Hillebrand seine Rücktrittsgeklag überreicht. Heute nachmittag 8 Uhr findet eine Sitzung des Kabinetts statt, in der Dr. Hillebrand dieses Rücktrittsgeklag vorlegen wird. Auch die Stellung des Rücktritts des Reichsfinanzministers selbst dürfte in dieser Sitzung besprochen, vielleicht sogar entschieden werden. Vor der Sitzung hat in den ersten Nachmittagsstunden der Reichsfinanzminister mit der Sozialdemokratischen Fraktion über die Lage beraten. Für den Fall des Rücktritts Dr. Hillebrands rechnet man damit, daß zunächst der Reichswirtschaftsminister Dr. Waldehauer mit der kommissarischen Leitung des Reichsfinanzministeriums beauftragt werden wird.

Nächste Reichstagsitzung am 21. Januar.

Berlin. (Hausbericht.) Nach einem Beschluss des Kabinetts des Reichstages wird der Reichstagspräsident ermächtigt, die nächste Reichstagsitzung im Januar zu berufen, sobald die aus Grund der Haager Beschlüsse zu erlassenden Gelehrte für den Reichstag verhandlungsbereit sein werden. Es wird angenommen, daß dies nicht vor dem 21. Januar der Fall sein wird.

Die für die Sonnabend-Nacht geplante Reichstagsitzung wird erst um 12 Uhr 15 eröffnet, damit schon in der ersten Sitzungsstunde des neuen Tages die Abgeordneten von ihrem Wahlrecht zum Volksentscheid Gebrauch machen können. Zu diesem Zweck wird in der Nähe des Reichstages in der Nacht von 12 bis 1 Uhr ein besonderes Wahllokal zur Verfügung stehen.

Deutscher Reichstag.

vda. Berlin, am 20. Dezember, 12 Uhr.

Vor Eintritt in die Tagesordnung der Freitag-Sitzung des Reichstages beantragt Abg. Berndt (Dnat.), sofort einen Antrag zu beraten, daß das Urteil des Staatsgerichtshofes wegen der Beteiligung von Beamten am Ballotagegegnern durch öffentlichen Aufschlag bekanntgegeben wird.

Die Beratung des Antrages kann heute nicht stattfinden, da vor der Abreise Wiederbericht erfordert wird.

Auf der Tagesordnung steht die

dritte Beratung der Zolltarif-Novelle.

Abg. Robert Schmidt (Soz.) führt aus, die gegenwärtige Zollregulierung habe praktisch für die Landwirtschaft weit mehr getan, als die frühere Regierung, in der die Deutschen nationalen laben.

Die Kommunisten hätten kein Recht, vom Brotzuverkauf zu reden. Im Sowjet-Ruhrland mache die Belastung der Massen durch indirekte Steuern 61 Prozent des Staats aus, während nur 30 Prozent durch direkte Steuern aufgebracht werden.

Abg. Pusch (Komm.) erwiderte, der Abg. Schmidt habe kein Urteil über die russischen Verhältnisse.

Während der Rede des Abg. Pusch kommt es zu erregten Rufen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten. Als Präsident Löbe um Ruhe erträgt, wird ihm von einigen Kommunisten "Hausherr" angesehen.

Präsident Löbe ruft die kommunistischen Räuber zur Ordnung und droht ihnen im Wiederholungsfalle die Ausweisung an.

Die Aussprache besteht.

Von der Sozialistischen Volkspartei und den Bauernparteien wird beantragt, den Zoll für Buttererzeugte allgemein auf fünf Mark je Kilojahr und eine Verbilligungsabgabe für Buttererzeugte zu erhöhen. Im Gegenantrage wird dieser Antrag mit 196 gegen 177 Stimmen der Demokraten, Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen.

Der Antrag, den erhaltenen Butterertrag zu lösen in Kraft treten zu lassen, wird im Gegenantrage mit 194 gegen 180 Stimmen angenommen.

Die Schlussabstimmung über die Vorlage wird auf Sonnabend verzögert.

Die Novelle zum Gesetz über den

Geldentwertungsausgleich

bei bebauten Grundstücken,

wonach die Rückflüsse aus Handelssteuer-Hypothesen wieder zum Wohnungsbau verwendet werden sollen, wird nach kurzer Aussprache in dritter Lesung einstimmig angenommen.

Der Einpruch des Abg. Dr. Kraatz (Dnat.) gegen die ihm in einer früheren Sitzung vom Präsidenten erzielten Ordnungsrückseit wird zurückgewiesen.

Das deutschstädtische Abkommen über den Rechtsstreit in Stahl- und Handelslöschen wird in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des

Zusatzabkommen mit Schweden.

Die Abg. Geras (Dnu.) u. Dr. Adenauer (Dnu.) lehnen das Zusatzabkommen ab mit Rücksicht auf die Behandlung der Hindernis-Einfahrt und der Plasterstein-Industrie.

Abg. v. Eysel (Christl.-Nat. Bauernpartei) äußert gleichfalls starke Bedenken gegen die Zollermäßigung für Agrarprodukte und Innereien. Die Spez- und Schmalzölle seien gleichfalls unzureichend. Die Christl.-Nat. Bauernpartei werde gegen das Zusatzabkommen stimmen.

Abg. Goebels (Komm.) bekämpft das Zusatzabkommen, das die deutsche Verbraucherchaft schwer belaste.

Die Abg. Tremmel (Btr.) und Rauch (Bav. B.P.) bedauern die Vereinbarungen über die Plasterstein-Einfahrt. Sie empfehlen die Annahme einer Entschließung, in der gefordert wird, daß die öffentlichen Stellen bei Auktions in erster Linie die notleidende deutsche Plasterstein-Industrie berücksichtigen.

Abg. Meyer-Hannover (Dtsch.-Hannov.) betont, die schwedische Einfahrt schädige vor allem die nordwestdeutsche Landwirtschaft.

Reichsverbrauchsminister Dietrich erklärt, der Spezial soll wie im Verkehr mit Schweden gar keine Rolle spielen, denn die schwedische Spezialschaft sei auf den Nullpunkt angekommen. Dänemark habe kein Recht, das gleiche Einführungsentgelt für Kinder zu verlangen wie Schweden.

Abg. Möllath (Wirtschaft) beklagt die Schädigung der deutschen Plasterstein-Industrie durch den Schwedenvertrag. Die Wirtschaftspartei könne diesem Zusatzabkommen nicht zustimmen.

Abg. Pusch (Soz.) stimmt dem Zusatzabkommen zu. Das deutsch-schwedische Zusatzabkommen wird hierauf angenommen, ebenso die Entschließung zugunsten der Plasterstein-Industrie. Angenommen werden weiter die Eragnungen der Handelsverträge mit Frankreich und der Schweiz.

Ohne Debatte werden Anträge des Vollwirtschaftlichen Ausschusses angenommen, die den Abhängen entbehrlicher Industriellen Regelfestsetzen und sich gegen den zentralisierten Einsatz der Behörden wenden.

In einer Entschließung wird die Reichsregierung erachtet, die Verordnungsanträge nur an solche Firmen zu vergeben, die in jeder Hinsicht die tatsächlichen Kosten und Nebenkosten eingehalten. Eine weitere Entschließung verlangt Maßnahmen, um das Vertretungsrecht des Reichsabgeordneten Münzen wieder zu machen.

Angenommen wird weiter ein Antrag des Beamten-Ausschusses, den Einsatz der Reichsregierung auf die Reichsbahn zu verstärken und die Rechtsstellung der Reichsbahndienste der der übrigen Beamten anzuleiten. Ein gleichfalls angenommener Antrag des Verkehrsabgeordneten fordert die Aufhebung der Beurteilungsanlagen bei der Reichsbahn.

Ohne Aussprache wird eine Vorlage angenommen, die die Auflösung der Entschließungen ausgrund der Einschaltung des Brantweinmonopols regelt.

Der Gesetzes-Ordnungs-Ausschuss berichtet über Anträge zur Genehmigung zur Strafverfolgung verschiedener Körperstrafen. Der Ausschuss beantragt die Genehmigung zur Strafverfolgung der Abg. Busmann (Komm.) und den Abg. Götz (Nat.-Soz.) wegen Beleidigung. Das Verfahren gegen den Abg. Bleitke (Komm.) wegen Beleidigung soll bis zum Beginn der Sommerpause des Reichstages eingestellt werden.

In zahlreichen anderen Fällen, u. a. auch im Falle des Abg. Hagenberg (Dnat.) wird die Genehmigung zur Strafverfolgung nicht erachtet.

Die Abg. Seiffert (Komm.) und Dr. Friedl (Nat.-Soz.) protestieren gegen die beantragte Aufhebung der Immunität.

Abg. Gildebrand (Soz.) tritt für die Aufhebung der Immunität ein. Wie der Immunität werde von den Nationalsozialisten

listen Mißbrauch getrieben. Der Abg. Dr. Goebels untersieht seine Verhandlungsplakate: „Inhaber der Immunität des Reichstages!“ (Unruhe)

Abg. Dr. Moles (Soz.) ruft dem Abgeordneten Dr. Friedl (Nat.-Soz.) zu: „§ 51!“ — Präsident Löbe ruft den Abg. Moles zur Ordnung.

Abg. Dr. Moles (Soz.): Ich habe nur eine Diagnose gestellt! (Heiterkeit.)

Die Anträge des Geschäftsaufgabenausschusses werden angenommen.

Ein deutschnationaler Antrag über Frachtermäßigung für die Poststandorte an Lahn, Dill und Sieg wird mit Vorschlag des Verkehrsabgeordneten für erledigt erklärt durch die inzwischen getroffenen Maßnahmen der Reichsbahn. Auf Vorschlag desselben Ausschusses wird ein kommunistischer Antrag auf Fahrpreismäßigung für Berufsgruppen, die nicht Sonntags ihren freien Tag haben, abgelehnt.

Um 4½ Uhr wird die Sitzung bis 5 Uhr unterbrochen. Dann soll die Tabaksteuervorlage zur zweiten Beratung kommen.

Abendfistung.

Begehrte Abstimmung v. Kardeff erlischt um 5 Uhr die Sitzung wieder und stellt die

Novelle zum Zobelfellenergetik

zur zweiten Beratung.

Abg. Dr. Marxen (Soz.) weiß die gestern vom Abg. Ende (Komm.) aufgestellte Behauptung, daß er Marxen, große Gewinne für Vermittlerdienste in der Zigaretten-Industrie eingespielt habe, als vollkommen gründlos zurück.

Abg. Ende (Komm.) erwidert, sein Vorstoß habe wenigstens den Erfolg gehabt, daß nun ein Sozialdemokrat in der Debatte das Wort genommen habe. Angescheinetermaßen habe die Reichsmonopolfirma Marxen Gaisford vertreten und eine in die Tausende gehende Provision erhalten. (Unruhe bei den Soz.)

Reichsfinanzminister Dr. Hillebrand, von den Kommunisten mit Zutaten: „Er lebt ja noch!“ und: „Hat's Schacht erlaubt?“ empfangen, weiß die gegen Beamte des Finanzministeriums von kommunistischer Seite erhobenen Antritte zurück und erklärt, er habe in die Integrität seiner Beamten keinen Zweifel. Die Antritte seien bereits geprüft und im Abschluß widerlegt worden.

Abg. Dr. Adenauer (Dnat.) erklärt, es handele sich hier um die Vorwegnahme einer neuen Belastung aus einem Steuervertrag, dessen Steuerentnahmen nach den Befreiungen Schritt und durchführbar sind. Die durch das Gesetz eintretende Verschiebung der Konkurrenzfähigkeit zu unseren deutschen Tabakfabrikanten, die verarbeitende Industrie und den Tabakhandel. Es sei die Übergangsfrist zum Staatsmonopol. Wie die Sozialdemokratie den Zusammenbruch des Jahres 1918 vor den ausländischen Waffen dazu benutzt habe, um dem deutschen Volke ihren Staat aufzuzwingen, so bemühe sie den leichten finanziellen Zusammenbruch des Reiches, um ihm ihre Wirtschaftsmethode zu überlegen.

Abg. Röder (Wirtschaftspart.) verliest eine Erklärung seiner Fraktion, in der es heißt: „Wir wollen zur Zeit einer Beseitigung oder Senkung der Verbrauchssteuern nicht das Wort reden, sondern aber mit der gleichen Entscheidlichkeit jede Erhöhung verhindern, weil solche Erhöhungen den Harten Antritt zur Rohstoffförderung umso weniger gewähren.“ empfangen, weiß die gegen Beamte des Finanzministeriums von kommunistischer Seite erhobenen Antritte zurück und erklärt, er habe in die Integrität seiner Beamten keinen Zweifel. Die Antritte seien bereits geprüft und im Abschluß widerlegt worden.

Abg. Röder (Wirtschaftspart.) verliest eine Erklärung seiner Fraktion, in der es heißt: „Wir wollen zur Zeit einer Beseitigung oder Senkung der Verbrauchssteuern nicht das Wort reden, sondern aber mit der gleichen Entscheidlichkeit jede Erhöhung verhindern, weil solche Erhöhungen den Harten Antritt zur Rohstoffförderung umso weniger gewähren.“ empfangen, weiß die gegen Beamte des Finanzministeriums von kommunistischer Seite erhobenen Antritte zurück und erklärt, er habe in die Integrität seiner Beamten keinen Zweifel. Die Antritte seien bereits geprüft und im Abschluß widerlegt worden.

Abg. Röder (Wirtschaftspart.) verliest eine Erklärung seiner Fraktion, in der es heißt: „Wir wollen zur Zeit einer Beseitigung oder Senkung der Verbrauchssteuern nicht das Wort reden, sondern aber mit der gleichen Entscheidlichkeit jede Erhöhung verhindern, weil solche Erhöhungen den Harten Antritt zur Rohstoffförderung umso weniger gewähren.“ empfangen, weiß die gegen Beamte des Finanzministeriums von kommunistischer Seite erhobenen Antritte zurück und erklärt, er habe in die Integrität seiner Beamten keinen Zweifel. Die Antritte seien bereits geprüft und im Abschluß widerlegt worden.

Abg. Röder (Wirtschaftspart.) verliest eine Erklärung seiner Fraktion, in der es heißt: „Wir wollen zur Zeit einer Beseitigung oder Senkung der Verbrauchssteuern nicht das Wort reden, sondern aber mit der gleichen Entscheidlichkeit jede Erhöhung verhindern, weil solche Erhöhungen den Harten Antritt zur Rohstoffförderung umso weniger gewähren.“ empfangen, weiß die gegen Beamte des Finanzministeriums von kommunistischer Seite erhobenen Antritte zurück und erklärt, er habe in die Integrität seiner Beamten keinen Zweifel. Die Antritte seien bereits geprüft und im Abschluß widerlegt worden.

Abg. Röder (Wirtschaftspart.) verliest eine Erklärung seiner Fraktion, in der es heißt: „Wir wollen zur Zeit einer Beseitigung oder Senkung der Verbrauchssteuern nicht das Wort reden, sondern aber mit der gleichen Entscheidlichkeit jede Erhöhung verhindern, weil solche Erhöhungen den Harten Antritt zur Rohstoffförderung umso weniger gewähren.“ empfangen, weiß die gegen Beamte des Finanzministeriums von kommunistischer Seite erhobenen Antritte zurück und erklärt, er habe in die Integrität seiner Beamten keinen Zweifel. Die Antritte seien bereits geprüft und im Abschluß widerlegt worden.

Abg. Röder (Wirtschaftspart.) verliest eine Erklärung seiner Fraktion, in der es heißt: „Wir wollen zur Zeit einer Beseitigung oder Senkung der Verbrauchssteuern nicht das Wort reden, sondern aber mit der gleichen Entscheidlichkeit jede Erhöhung verhindern, weil solche Erhöhungen den Harten Antritt zur Rohstoffförderung umso weniger gewähren.“ empfangen, weiß die gegen Beamte des Finanzministeriums von kommunistischer Seite erhobenen Antritte zurück und erklärt, er habe in die Integrität seiner Beamten keinen Zweifel. Die Antritte seien bereits geprüft und im Abschluß widerlegt worden.

Abg. Röder (Wirtschaftspart.) verliest eine Erklärung seiner Fraktion, in der es heißt: „Wir wollen zur Zeit einer Beseitigung oder Senkung der Verbrauchssteuern nicht das Wort reden, sondern aber mit der gleichen Entscheidlichkeit jede Erhöhung verhindern, weil solche Erhöhungen den Harten Antritt zur Rohstoffförderung umso weniger gewähren.“ empfangen, weiß die gegen Beamte des Finanzministeriums von kommunistischer Seite erhobenen Antritte zurück und erklärt, er habe in die Integrität seiner Beamten keinen Zweifel. Die Antritte seien bereits geprüft und im Abschluß widerlegt worden.

Abg. Röder (Wirtschaftspart.) verliest eine Erklärung seiner Fraktion, in der es heißt: „Wir wollen zur Zeit einer Beseitigung oder Senkung der Verbrauchssteuern nicht das Wort reden, sondern aber mit der gleichen Entscheidlichkeit jede Erhöhung verhindern, weil solche Erhöhungen den Harten Antritt zur Rohstoffförderung umso weniger gewähren.“ empfangen, weiß die gegen Beamte des Finanzministeriums von kommunistischer Seite erhobenen Antritte zurück und erklärt, er habe in die Integrität seiner Beamten keinen Zweifel. Die Antritte seien bereits geprüft und im Abschluß widerlegt worden.

Abg. Röder (Wirtschaftspart.) verliest eine Erklärung seiner Fraktion, in der es heißt: „Wir wollen zur Zeit